

Volkszählung ohne Frage zur Religion



Die Bevölkerung im Tiefschlaf halten, ist die Devise. Bloß nicht erschrecken mit wahren Zahlen über das Ausmaß der islamischen Unterwanderung. Deshalb will Innenminister Schäuble die Volkszählung 2011 [ohne Erfragung der Religionszugehörigkeit](#) abhalten.

Die CDU-geführten Länder laufen Sturm – sogar NRW.

Die Bundesregierung in Berlin will bei der nächsten großen Volkszählung erstmals darauf verzichten, die Bürger nach ihrer Religionszugehörigkeit zu befragen. Darüber zeigen sich jetzt vor allem die CDU-geführten Länder empört. Sie wollen Innenminister Wolfgang Schäuble zwingen, Korrekturen vorzunehmen.

(...)

„Aus integrationspolitischer Sicht ist das Wissen über die Zugehörigkeit zu islamischen Religionsgemeinschaften innerhalb der Bevölkerung und die Lebenslage dieser Menschen von besonderer Bedeutung, aber weder aus amtlichen noch aus sonstigen verlässlichen Erhebungen ableitbar“, heißt es unter anderem in den gebündelten Empfehlungen vom 3. Februar 2009. Eine Abfrage sei wichtig für „gesellschaftlich- und bildungspolitische Entscheidungen, wie zum Beispiel die Anforderungen an den öffentlichen Religionsunterricht an Schulen“ oder „die Entwicklung von universitären Bildungsangeboten an islamische Geistliche.“

Die christlichen Kirchen in Deutschland sowie Integrationspolitiker kritisieren das „Versäumnis“ des Bundesinnenministeriums.

„Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir die Religionszugehörigkeit nicht mehr erfragen würden“, sagte der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) WELT ONLINE. Man müsse 2011 sogar „noch weiter gehen und Sunniten, Schiiten und Aleviten differenzieren, so wie wir bei den Christen zwischen Protestanten und Katholiken unterscheiden“.

Man benötige „dringender denn je“ solche Angaben, „denn in der gesellschaftlichen Diskussion gewinnen die Religionen immer mehr an Bedeutung und wir setzen uns auch immer mehr mit dem Islam auseinander“, sagte Laschet.

Bereits im Dezember 2008 waren die katholischen und evangelischen Kirchen in Niedersachsen gemeinschaftlich an den dortigen Landesinnenminister Uwe Schünemann (CDU) herangetreten. In einem Schreiben betonten die kirchlichen Vertreter, man sei auf neue Daten zur Religionsstruktur angewiesen, um „auf Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Pfarrbevölkerung“ zu reagieren und ihre Organisation und sozialen Dienste danach zu ausrichten.

Auf Verwunderung stößt allenthalben, dass das Bundesinnenministerium dies nicht vorausschauend berücksichtigt hat, zumal die EU Abfrageergänzungen zulässt.

„Ich wundere mich schon, dass man dieses wichtige Merkmal der Religionszugehörigkeit gerade als Bundesinnenministerium nicht in den Blick genommen hat“, sagte Landesminister Lasche. Immerhin widme sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verstärkt den Muslimen und habe eine Islamkonferenz einberufen.

Welchen Nutzen hat eine Volksbefragung, wenn die Bevölkerung danach auch nicht weiß, wer alles bei uns lebt?

(Spürnase: Ralf S.)